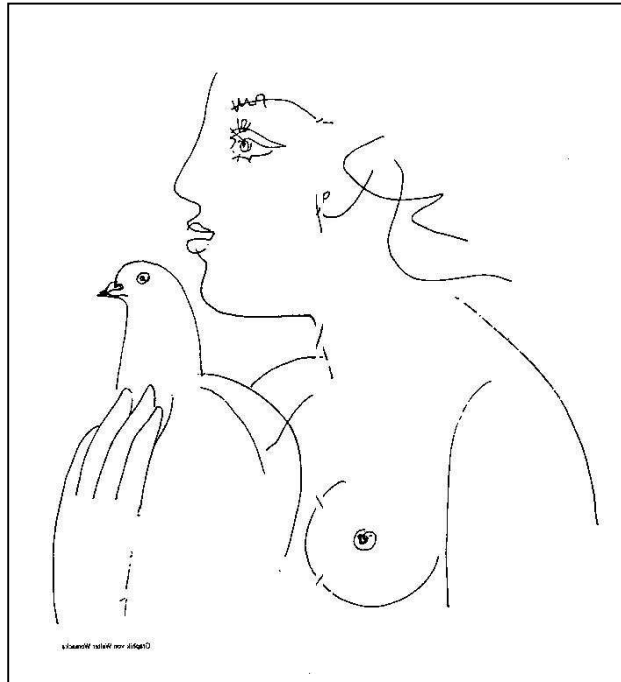


Europäisches Friedensforum epf Deutsche Sektion

Zentraler Arbeitskreis Frieden der
Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V.

Nr. 28



Der Iran – im Visier der USA - Globalstrategie

eine Presseübersicht

ausgewählt und zusammengestellt

von

Dr. Klaus Elste und
Prof. Dr. Georg Grasnick

Redaktionsschluss: 01.04.2006

c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e. V.
Weitlingstrasse 89, 10317 Berlin
Tel.: 030/ 557 83 97 Fax: 030/ 555 63 55 E-mail: gbmev@t-online.de

Islamische Republik Iran



Der Iran ist in 30 Provinzen gegliedert.

Fläche: 1.648195 qkm (4 ½ mal so groß wie Deutschland!)

Einwohnerzahl: 68,017 Mio.
 davon 98 % Muslime, der Rest sind Christen, Juden sowie andere ethnische Gruppen wie Kurden, Gilaki, Mazandarani, Belutschen, Armenier, Assyrer und Georgier; daneben leben im Iran zahlreiche Flüchtlinge, darunter 2 Millionen aus Afghanistan und 203.000 aus dem Irak

Bevölkerungsdichte: 42 Einwohner / qkm

Hauptstadt:	Teheran mit 7,1 Mio. Einwohner
Sprachen:	Amtssprache ist persisch (Farsi); weitere iranische Sprachen sind: Lori, Kurdisch, Belutschi, Tajik. Turksprachen: aserbaidshanschisch, turkmenisch Indogermanische Sprache: armenisch
Bruttoinlands-Produkt je Einwohner	2055 US-Dollar (2004)
Erdölförderung:	632 Mio. Liter pro Tag; davon 226 Mio. Liter Eigenbedarf - die Differenz wird exportiert
Erdölvorräte:	ca. 133,3 Mrd. Barrel, (entspr. etwa 20 Mrd t < Erdöl) Das sind 10 % der bekannten Welterdölvorräte
Erdgasförderung:	79 Mrd. Kubikmeter im Jahre 2003; davon 72,4 Mrd. Kubikmeter für den Eigenverbrauch
Erdgasvorräte:	ca. 26,7 Billionen Kubikmeter; dies entspricht etwa 34 Vorratsjahren bei gleicher Förderung wie 2003 und Stagnation der erkundeten Vorräte
Export / Import:	Export von Gütern: 55,25 Mrd. Dollar in 2005 Import von Gütern: 42,50 Mrd. Dollar in 2005 Größter Importpartner ist Deutschland mit 12,8 %

Teherans Atompolitik – gestern und heute

Anfang der 1990er Jahre verkündete Bush sen. als Ziel seiner und künftiger US-Administrationen die Schaffung einer „neuen Weltordnung“.

Die um Bush jun. versammelten neokonservativen Fundamentalisten präzisierten 1997 im „Projekt eines neuen amerikanischen Jahrhunderts“ die Ideologie amerikanischer Weltführung und daraus abgeleitete Ziele der verbliebenen Supermacht.

Nach der Wahl von George W. Bush wurde das „Projekt“ Regierungsprogramm.

Den 11. September 2001 nahm die Administration zum Anlass, den „lang andauernden Krieg gegen den Terrorismus“ zu erklären.

Bush konstruierte die „Achse des Bösen“, zu der er Irak, Nordkorea und Iran zählte.

Die Bush-Doktrin nimmt für sich in Anspruch, die US-Strategie – falls erforderlich – auch mit Hilfe des nuklearen Erstschlags durchzusetzen.

Nach den ersten „Neuordnungskriegen“ gegen Afghanistan und Irak im Rahmen des „Neuordnungsprogramms“ nannte Bush in seiner „Rede zur Lage der Nation“ Anfang Februar 2005 als nächstes potenzielles Ziel die „Demokratisierung“ des Iran.

Erneut soll der Weltfrieden gefährdet, erneut ein Flächenbrand im Nahen und Mittleren Osten riskiert werden.

Wie steht es um das iranische Atomprogramm?

Was beinhaltet die US-Strategie gegen Iran?

Welche Rolle spielt Moskau im Konflikt?

Was besagt die Haltung Israels?

Kommt es zum Präventivschlag?

Fragen über Fragen.

Mit Hilfe einer Presseübersicht soll ein Beitrag geleistet werden, um Hintergründe und Zusammenhänge des Konflikts zu erhellen. Und aufklärend im Interesse all derer zu wirken, die für die Verhinderung eines neuen Krieges und den Erhalt des Friedens eintreten.

Das Ziel des Iran, eine regionale Atommacht zu werden, wurde schon vor Jahrzehnten verfolgt. Allerdings unter anderen politischen Konstellationen.

Im „Friedensjournal“ 1/2006 ist zu lesen:

„1975 schuf das mit den USA verbündete Schah-Regime – seinerzeit mit Zustimmung und Unterstützung von USA und Europa – das iranische Atomprogramm, das schon damals den vollständigen Brennstoffkreislauf einschloss.“

In einem Interview konkretisiert Prof. Gilani, Präsident des iranischen Schriftstellerverbandes im Exil, in „Unsere Zeit“ vom 24. Februar 2006:

„Im Grunde genommen legt die Regierung in Teheran nur die Pläne wieder neu auf, die Ende der 50er Jahre entstanden und mit den USA abgesprochen waren. 1967 wurde aus Amerika der erste Forschungsreaktor nach Teheran geliefert. 1974 stieg die BRD in den Atomtransfer nach Persien ein. Die deutsche Kraftwerk Union, ein Joint - Venture von Siemens und AEG-Telefunken, wollte ein Atomkraftwerk in Buschehr am Persischen Golf bauen. Mit den Konstruktionsarbeiten wurde die Firma Thyssen-Krupp betraut.“

Zwei Jahre nach der Islamischen Revolution, also 1981, beschloss Teheran das vom Schah-Regime eingeleitete Programm weiter zu führen.

In einem Grundsatzartikel, veröffentlicht in „Marxistische Blätter“ (1/2006), sind drei Ziele und Motive des Programm aufgelistet.

Da ist zunächst die energiepolitische Zielsetzung.

„Das iranische Energieministerium prognostiziert bis 2025 den Bedarf einer Kraftwerkskapazität von 100 000 Megawatt, die gegenwärtige Kapazität beträgt ca. 40 000 MW. Dieser Bedarf wird mit steigender Bevölkerungszahl und wachsendem Lebensstandard begründet. Zur Deckung des wachsenden Strombedarfs seien – so die iranische Regierung – demzufolge 15 – 20 Atomkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 20 000 MW erforderlich. Anderenfalls wäre der Iran gezwungen, bald die gesamte Öl- und Gasproduktion für den einheimischen Verbrauch einzusetzen (gegenwärtig beträgt dieser Anteil 40 Prozent), mit der Folge, dass seine Deviseneinnahmen auf Null sinken würden.“

Da ist weiter das sicherheitspolitische Motiv Teherans:

„Der Iran ist eine regionale Mittelmacht, sicherheitspolitisch aber der militärischen Überlegenheit seiner strategischen Hauptgegner, nämlich der Hegemonialmacht USA und dem Ministaat Israel gleichermaßen, hoffnungslos ausgeliefert...

Obgleich die iranische Regierung wohlweislich jegliches Junktim zwischen ihrem Atomprogramm und dem Sicherheitsdilemma vermeidet, ist nicht von der Hand zu weisen, dass Irans Militär auf die Atomwaffe drängt. Der geplante Schwerwasserreaktor in der Nähe der Stadt Arak, der für die Produktion von waffenfähigem Plutonium geeignet ist, sowie das Programm zum Ausbau von Trägerraketen lassen auf die Absicht schließen, sich die techno-logischen und wissenschaftlichen Kapazitäten für die militärische Option zu verschaffen. Dabei geht es dem Iran um die Herstellung der Balance of Power und eines Gleichgewichts des Schreckens, getreu den international immer noch vorherrschenden sicherheitspolitischen Doktrinen.“

Da ist schließlich das symbolische Motiv:

„Inzwischen ist das Atomprogramm tatsächlich für alle politischen Fraktionen im Iran, für Reformen wie für die Konservativen, auch für die studentische Opposition, die für Demokratie und den säkularen Staat eintritt, zu einem symbolischen nationalen Projekt geworden, an dessen Fundamenten gegenwärtig niemand rütteln kann und will... Die Parallele zwischen Mossadeghs Projekt der Nationalisierung der iranischen Ölindustrie vor 55 Jahren und dem nuklearen Projekt liegt auf der Hand. Mossadeghs Projekt trug tatsächlich erheblich zum Nationalbewusstsein und zum Souveränitäts- und Freiheitsgefühl im modernen Iran bei.“

Zur energiepolitischen Zielsetzung fügt der Iran-Experte der Stiftung Wissenschaft und Politik in Berlin, Peter Rudolf, in einem Interview der „**Berliner Zeitung**“ vom 10. März 2006 noch einen Aspekt hinzu:

„Iran leidet an Benzinmangel. Grund sind unzureichende Raffineriekapazitäten und ein enorm hoher Verbrauch wegen veralteter Technologien. Der tägliche Treibstoffverbrauch beträgt 62 Millionen Liter, die Kapazität der iranischen Raffinerien aber beträgt nur 40 Millionen Liter täglich. Die Differenz muss importiert werden.“

„**Der Spiegel**“ vom 16. Januar 2006 fügt zum symbolischen Motiv noch hinzu:

„Zu sehr ist die Uran-Anreicherung, die Teheran als einem Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages formal zusteht, zu einer Frage des nationalen Stolzes geworden. Selbst der im Westen als Reformers gefeierte Ex-Präsident Mohammed Chatami stellt Irans Anspruch auf einen geschlossenen Nuklearkreislauf – der die atomare Unabhängigkeit vom Ausland garantiert – nicht in Frage.“

Wie verhält sich dieses Atomprogramm nun zum Nicht-weiterverbreitungsvertrag (NPT)?

In „**Junge Welt**“ vom 21. Februar 2006 wird auf folgenden Fakt verwiesen:

„Der Atomwaffensperrvertrag (NPT), den Iran 1970 unterzeichnet hat, garantiert das Recht auf Urananreicherung, sofern diese unter Kontrolle der IAEA stattfindet. Dazu ist Teheran bereit. USA und EU fordern vom Iran aber einen vollständigen Verzicht auf Urananreicherung.“

Und weiter: „Im Zentrum des iranischen Interesses steht die Möglichkeit, in kleinem Maßstab die Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur Urananreicherung fortsetzen zu können. Dahinter steht die Furcht, sich von Lieferungen aus dem Ausland völlig abhängig zu machen.“

Auf einen speziellen Aspekt der USA- und EU-Forderung nach einem Verzicht auf Urananreicherung macht das „**Neue Deutschland**“ vom 14./15. Januar 2006 aufmerksam:

„Mit einem solchen Verzicht würde Teheran also selbst anerkennen, ein ‚Schurkenstaat‘ zu sein, der nur durch weltweit einzigartige, diskriminierende Maßnahmen, die außerhalb des internationalen Rechts liegen, zu bändigen ist. Iran würde sich dadurch nicht nur in den Status eines unter unbefristeter Bewährungsaufsicht stehenden Pariah - Staates fügen, sondern einer Kette weiterer Erpressungen seitens der USA und des EU-Trios Tür und Tor öffnen.“

Zur gleichen Zeit, da Washington Teheran wegen dessen Atompolitik mit einem Präventivschlag bedroht, vereinbarte Bush in Neu Delhi ein Nuklearabkommen. Im „**Freitag**“ vom 17. Februar 2006 erläutert der US-Abrüstungsexperte Leonard Weiss, warum er gegen das amerikanisch-indische Abkommen protestiere:

„Wegen der Doppelzüngigkeit unserer Nuklearpolitik und weil die amerikanische Regierung den Atomwaffensperrvertrag untergräbt, der seit über 35 Jahren in Kraft ist. Es gelten augenscheinlich sehr verschiedene Maßstäbe – der Umgang mit Delhi bietet dafür das derzeit offensichtlichste Beispiel. Dadurch wird der große Kompromiss entwertet, den die Unterzeichnerstaaten des Nichtweiterbreitungsvertrages seinerzeit eingegangen sind, indem sie sich verpflichteten, die internationale Kooperation auf atomarem Gebiet niemals zu missbrauchen, um an Kernwaffen zu gelangen.“

Die „**Berliner Zeitung**“ vom 2. März 2006 schreibt:

„Die Bush-Regierung will Indien Atomtechnologie verkaufen. .. Im Unterschied zu Iran hat Indien den Atomwaffensperrvertrag nicht unterzeichnet und auch erklärtermaßen nicht die Absicht, das zu tun. Versprechungen, die US-Technologien nur friedlich zu nutzen, sind deshalb nicht nur unverbindlich und jederzeit widerrufbar.

Ihre Einhaltung ist von vornherein unüberprüfbar, denn Indien hat sich selbst außerhalb aller internationalen Kontrollen gestellt..., wenn Delhi eine Ausnahmegenehmigung erhält. Warum dann nicht auch Iran und Nordkorea. In dem gegenwärtigen Bemühen, diese beiden Länder zum Einlenken und zum Verzicht zu bewegen, wäre ein indisch-amerikanischer Atomvertrag absolut kontraproduktiv. Und er könnte darüber hinaus auch noch andere so genannte Schwellenländer dazu bringen, ihre Zurückhaltung aufzugeben.“

In diesem Zusammenhang verweisen Kommentatoren auf das Kalkül Washingtons und des Pentagon, Indien in der weiteren Auseinandersetzung mit den „strategischen Gegnern“ Russland und China zu benutzen.

Zur USA-Strategie

Die Bush-Administration verfolgt in der Region geökonomische und geopolitische Interessen.

„**Neues Deutschland**“ vom 25./26. Februar 2006 führt dazu aus:

„Es geht offensichtlich um mehr als die Atomfrage, so wie es auch im Fall Irak um mehr als die Massenvernichtungswaffen ging. Da ist natürlich zunächst einmal das Ölgeschäft. Iran verfügt nach Saudi-Arabien über die größten erwiesenen Rohölreserven im Bereich der Organisation Ölexportierender Staaten(OPEC)...“

„**Junge Welt**“ vom 22. März 2006 nennt als entscheidende Gründe für den Kurs der US-Administration:

„Der Iran ist das einzige Land, das im wichtigsten Ölgebiet der Welt, am Persischen Golf, ebenso präsent ist wie im zweitwichtigsten Ölgebiet, am Kaspischen Meer. Die Regierung in Teheran versuchte, die US-Zielsetzungen mit einem neuen ‚Swap-System‘ zu unterlaufen: 2004 wurde eine neue Ölpipeline von Neka, der iranischen Stadt am Kaspischen Meer, nach Teheran in Betrieb genommen. Seither wird Rohöl aus den lukrativen kaspischen Ölfeldern Kasachstans, Turkmenistans und Russlands nach Neka verschifft. Von dort gelangt es zu den Raffinerien von Teheran und Tabriz, um den heimischen iranischen Markt zu versorgen. Im Gegenzug erhalten die Verkäufer Rohöl aus den iranischen Feldern am Persischen Golf, die in der Nähe der großen Tankerterminals liegen. Dieses auch ‚Cross Projekt‘ genannte System ist deutlich preisgünstiger als der Transport durch die 1 700 Kilometer lange (von den USA finanzierte, d. Red.) Pipeline Baku-Ceyhan. Es wurde zwei Jahre vor dem Machtantritt des neuen iranischen Präsidenten Mahmud Ahmadinedschad verwirklicht. Die Tatsache, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelangen und damit eine weitreichende ‚Kontrolle über die Region‘ erlangen könnte, akzentuiert natürlich die Zielsetzungen der US-Regierung.“

Die „**Berliner Zeitung**“ vom 4./5. März 2006 ergänzt:

„Für die Bush-Regierung geht es um weit mehr als die Atomwaffenfrage. **Eigentliches Ziel ist die Installierung eines pro-amerikanischen Regimes in Teheran.** Deshalb weigert sich Washington auch, dem Iran Sicherheitsgarantien zu geben, obwohl sich damit der Atomstreit vermutlich lösen ließe. Das Land ist von zentraler Bedeutung für die Beherrschung ganz West- und Zentralasiens. Dabei geht es den USA generell um die Eindämmung des russischen und chinesischen Einflusses sowie konkret um den Zugriff auf die enormen Rohstoffreserven der Region. Um eine US-hörige Regierung an die Macht zu bringen, hatten die USA schon in den fünfziger Jahren kein Problem damit, die halbwegs demokratisch legitimierte Regierung Mossadegh zu stürzen, als diese das iranische Öl nationalisieren wollte.“

„**Junge Welt**“ vom 11./12. März 2006 nennt mit Blick auf die „hegemoniale Tagesordnung“ Washingtons vier strategische Überlegungen der USA:

„**Erstens** soll durch die gezielte Zerstörung sämtlicher Atomanlagen an zehn bis 15 Standorten Irans Atomprogramm unterbrochen und Israels atomare Vormachtstellung in der Region und die Hegemonialposition der USA dauerhaft unantastbar gemacht werden.

Zweitens soll der Iran als regionale Mittelmacht zu einem unbedeutenden Machtfaktor zerbombt werden...

Drittens soll durch Chaos und Revolte der unzufriedenen Iraner und Aufwiegelung ethnischer Minderheiten ein Regimewechsel herbeigeführt und eine den Vereinigten Staaten hörige Regierung installiert oder Iran entlang ethnischer Zusammensetzung gespalten werden.

Viertens soll Iran zu einem Präzedenzfall zur Neuinterpretation des Nichtweiterverbreitungsvertrages gemacht und die Urananreicherung de facto als Privileg der Atomwaffenstaaten festgeschrieben werden.“

Im US-Schlepptau

Zur westlichen Grundposition wird im „**Friedensjournal**“ (1/2006) u. a. ausgeführt:

„Die USA und die EU haben bisher weder die iranischen Strombedarfsprognosen, und damit die angepeilte nukleare Kraftwerkskapazität in Frage gestellt noch von sich aus die Alternative regenerativer Energie-Technologien für Irans Energieversorgung ins Spiel gebracht. Ganz im Gegenteil erklärte sich die EU in ihrem Angebot vom 8. August 2005 bereit, Iran beim massiven Ausbau der Atomenergie zu unterstützen, allerdings mit der nicht verhandelbaren Bedingung eines dauerhaften iranischen Verzichts auf Urananreicherung. Diese Bedingung liefe auf iranischer Sicht darauf hinaus, die für die Sicherung der Energieversorgung sensibelste Stufe der Energieerzeugung ins Ausland zu verlagern und sich in eine dauerhafte Abhängigkeit zu begeben.“

Seit dem Herbst 2003 haben der Iran und das Euro-Trio Frankreich, Deutschland und Großbritannien verhandelt – ohne positives Ergebnis. Weil, wie schon dargelegt, ultimativ die Forderung an

Teheran gerichtet war, auf Urananreicherung zu verzichten. Verhandelt wurde über „objektive Garantien“ für den rein zivilen Charakter des Teheraner Atomprogramms, was sehr weitgehende IAEA - Kontrollen und - Inspektionen einschloss. Teheran hatte sich dazu bereit erklärt.

In „**Neues Deutschland**“ vom 14./15. Januar 2006 heißt es dazu:

„Das EU-Trio war ... offenbar von Anfang an überhaupt nicht bereit, die Frage der ‚objektiven Garantien‘ zu diskutieren“.

Weiter wird gesagt: „Denn das hätte sie zwangsläufig in einen Konflikt mit den sehr viel weiter gehenden Zielen der USA-Regierung gebracht. Für die EU - Vormächte ging es allenfalls um das Austesten, zu welchem Preis Teheran vielleicht bereit wäre, den absoluten Verzicht auf die Urananreicherung zu akzeptieren. Das konnte – abgesehen davon, dass das Anfang August vorigen Jahres präsentierte europäische Angebot sehr mager und unkonkret war – aus den oben genannten Gründen nur in die Sackgasse führen.“

Außer dem geforderten Verzicht auf Urananreicherung und der Problematik mit den „objektiven Garantien“ wird in „**Neues Deutschland**“ vom 15./16. Oktober 2005 noch auf eine weitere, vom EU-Trio errichtete Hürde aufmerksam gemacht:

„Des Weiteren verlangen die EU-Drei einen vertraglichen Verzicht auf das Recht, den Atomwaffensperrvertrag zu kündigen. Keinem Staat dieser Welt ist bisher eine derart rigorose Verpflichtung zu einem einseitigen Souveränitätsverzicht für alle Zeiten abverlangt worden.“

Daraus schlussfolgernd heißt es: Für das Scheitern der EU-Drei sind also lediglich diese selbst und nicht die Hardliner aus Teheran verantwortlich. Die EU-Verhandlungsstrategie ist längst Teil der gefährlichen US - Iran - Politik geworden.“ Iran hatte zwischen-zeitlich und zeitweilig freiwillig die Arbeiten in der Uran-Konvertierungsanlage Isfahan eingestellt.

Im „**Freitag**“ vom 17. Februar 2006 wird festgestellt:

„Das EU-Trio war selbst dumm genug, sich mit der Akzeptanz der amerikanischen Drohkulisse – entweder ihr befolgt unsere Forderungen oder euch droht ein Krieg – in den Würgegriff der amerikanischen Iran-Pläne zu begeben. Mit ihrem sogenannten Kompromissangebot vom 5. August 2005 an Teheran musste die EU scheitern, weil es für die andere Seite nichts Substanzielles enthielt. Stattdessen wurden

dem Iran – durchaus vergleichbar mit dem Rambouillet - Diktat von 1999 gegen Jugoslawien – gravierende Zugeständnisse wie der dauerhafte Verzicht auf die Anreicherung von Uran oder auf einen Austritt aus dem Atomwaffensperrvertrag abverlangt. Europa handelte als nützlicher Idiot, wie es sich die Falken in der US - Regierung ausgedacht hatten. Bereits im Januar 2005 enthüllte Seymour Hersh die Taktik der USA: Sie würden zur Tat schreiten, ‚sobald die EU mit ihrer Diplomatie scheitert‘ – und die ist in der Tat schon längst gescheitert.“

Der frühere russische Atomminister Michailow sagt in einem **Interview mit der „Berliner Zeitung“** vom 11./12.März 2006 zu den gescheiterten Verhandlungen zwischen dem EU-Trio und Teheran:

„Sie mussten scheitern. Die Europäer haben 1979 auf amerikanischen Druck die Bauarbeiten in Buschher beendet und bestehende Verträge gebrochen. Wo wären die Garantien für Teheran, dass die Europäer auf Druck Washingtons von irgendwelchen Zusicherungen nicht erneut abrücken.“

Anfang dieses Jahres wurde nun in westeuropäischen Medien vom „Ende der Geduld“ gesprochen.

So beispielsweise „**Der Spiegel**“ am 16. Januar 2006:

„Die Zeit ‚weicher Diplomatie‘, so ein deutscher Spitzendiplomat, sei endgültig vorbei. Amerikas Kalkül, die Europäer verhandeln zu lassen, bis sie selbst erkennen, dass den Iranern nicht zu trauen ist, scheint aufgegangen.“

Und weiter: „Wie ernst es den Europäern mit einer härteren Gangart ist, zeigt ihr konsequenter Entschluss: Die Dreiergruppe appellierte an den Gouverneursrat der Wiener Kontrollbehörde, Irans Provokationen vor den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen in New York zu bringen.“

Im Unterschied zu den seinerzeit von der Schröder-Regierung geübten verbalen Distanzierungen gegenüber der US-Intervention gegen den Irak positionieren sich bundesdeutsche Politiker nunmehr als Hardliner an der Seite der Bush-Administration.

„Wir brauchen eine glaubwürdige Drohkulisse“, zitiert „**Der Spiegel**“ Außenminister Steinmeier.

„**Unsere Zeit**“ vom 24. Februar 2006 stellt fest:

„SPD-Außenminister Steinmeier lässt keine Gelegenheit aus, Verdächtigungen gegen den Iran zu lancieren, SPD-Politiker wie Hans-Ulrich Klose und Rainer Arnold machen permanent Stimmung dafür, ‚keine Option‘ vom Tisch zu nehmen.“

Auf der 42. Münchner Sicherheitskonferenz beschwor Bundeskanzlerin Merkel schließlich „die transatlantische Partnerschaft“:

„Wir wollen und wir müssen die Entwicklung iranischer Nuklearwaffen verhindern. Das Nuklearprogramm des Iran erweckt den berechtigten Argwohn, die berechtigte Sorge, die berechtigte Befürchtung, dass es hierbei nicht um die friedliche Nutzung der Kernenergie, sondern dass es hierbei auch um militärische Optionen geht. Der Iran hat mutwillig – ich muss das leider so sagen – die ihm bekannten ‚roten Linien‘ überschritten.“

Russland zwischen Bush und Buschehr

Die russische Regierung schien über Jahre an einer Zusammenarbeit mit dem Iran hinsichtlich dessen Atomprojekten interessiert. Doch in Teheran wuchsen die Zweifel am Willen Moskaus.

In „**Neues Deutschland**“ vom 14./15. Januar 2006 wird darauf verwiesen, „dass sich in den letzten Jahren in Iran ein Misstrauen gegen die Zuverlässigkeit Russlands aufgebaut hat.“

Und weiter: „Russland baut seit Ende der 90er an dem bisher einzigen iranischen Atomkraftwerk in Buschehr. Aus rätselhaften Gründen verschiebt das federführende russische Unternehmen die angekündigte Fertigstellung aber immer wieder. Die USA-Regierung hatte anfangs ganz offen von Russland gefordert, aus dem Projekt wieder auszusteigen. Inzwischen, so fürchten in Iran nicht nur die Hardliner, könnten sich Moskau und Washington insgeheim dahingehend verständigt haben, das Projekt so lange wie möglich zu verzögern.“

Die USA, so „**Der Spiegel**“ (5/2006), trauten Putin nicht über den Weg: „Schon mehrfach hat Präsident George W. Bush ihm Komplizenschaft mit der iranischen Führung vorgeworfen. Die Fertigstellung des Kernkraftwerks Buschehr nahe dem Persischen Golf erfolgt unter der Oberaufsicht Moskaus.“

In dem Artikel heißt es dann: „Dabei ist Putin, wie Kommentatoren spotten, hin- und her gerissen, zwischen Bush und Bushehr“, zwischen der Verbrüderung mit der von Washington angeführten internationalen Anti-Iran-Front zur Verhinderung der iranischen Atombombe und den unausgesprochenen wirtschaftlichen Interessen im Land zwischen Persischem Golf und Kaspischem Meer.“

Abschließend wird vermerkt: „Der Kreml ist bis auf weiteres in einer komfortablen Situation. Soll die Iran-Krise gelöst werden, so geht dies nicht ohne Moskau. Hält die Krise an, so verunsichert das die Weltmärkte und verteuert das Öl. Der zweitgrößte Öl-Exporteur weltweit aber ist Russland.“

„**Junge Welt**“ vom 1. Februar 2006 beleuchtet die Rolle Russlands im Atomkonflikt folgendermaßen; „Seit Jahren pflegt Russland ein besonders enges Verhältnis zu Teheran. Seine Beziehungen mit dem Iran wurden von Moskau geradezu als ein Symbol der Selbständigkeit in der russischen Außenpolitik hochgehalten. Es mag schon sein, dass das Nichteingehen des Irans auf den Vorschlag Moskaus, eine gemeinsame Anlage zur Urananreicherung auf russischem Territorium zu errichten, den Kreml erzürnt hat. Doch sollte, wie von den Westmächten gewünscht, tatsächlich ein UN-Embargo gegen den Iran verhängt werden, dann würde das vor allem Russland, das nicht nur in der Atomforschung mit dem verfemten Land eng kooperiert und umfangreiche Verträge über Waffenlieferungen erfüllt und in Planung hat, hart treffen.“

Das Blatt schließt seine Betrachtung: „Trotzdem hat sich die russische Führung den um Teheran gezogenen diplomatischen Blockadering angeschlossen und überlässt, wie es scheint, den Iran seinem Schicksal als ‚Schurkenstaat‘. Putins Russland zieht es offenbar vor, der internationalen Disziplinarkommission anzugehören, um nicht früher oder später selbst zum Gegenstand eines Disziplinarverfahrens zu werden. Damit entfernt es sich wieder vom Kurs auf eine souveräne, die Westhegemonie in Frage stellende Außenpolitik.“

Die „**Berliner Zeitung**“ vom 20. Februar 2006 meint:

„Russland ist an einer Eigenständigkeit der iranischen Atomforschung nicht interessiert. Die Wiederaufnahme der Urananreicherung im Iran kommentierte der russische Außenminister Lawrow in der vergangenen Woche so:

„Die Urananreicherung im Iran entbehre jeder wirtschaftlichen Logik und nähre den Verdacht, dass dieses Programm ‚geheime militärische Aspekte‘ habe.“

Der seit vielen Monaten verhandelte Vorschlag Moskaus zur Handhabung der Urananreicherung, wird in „**Marxistische Blätter**“ (1/2006) so beurteilt:

„Auch der russische Vorschlag, die Urananreicherung auf russischem Boden durchzuführen, dürfte an der Absicht Teherans scheitern, sich wegen der Atomstromproduktion nicht vom Ausland abhängig machen zu wollen.“

„**Neues Deutschland**“ vom 14./15. Januar 2006 vertieft dieses Argument zum russischen „Kompromissvorschlag“:

„Iran wäre..... für sein ziviles Atomprogramm von Brennstofflieferungen aus Russland abhängig, das seinerseits gegenüber US-amerikanischem Druck empfindlich ist. Aus iranischer Sicht ist nicht zu erkennen, wo in diesem Vorschlag so etwas wie ein Kompromiss liegen soll.“

Bemerkenswert ist hier nur noch die Haltung Moskaus im IAEA-Gouverneursrat. Während man noch die Zustimmung der Resolution vom 23. September 2005 verweigerte, die Teheran beschuldigte, über zwei Jahrzehnte ihr Atomprogramm und den Atomwaffensperrvertrag gebrochen zu haben, so wurde im November 2005 dafür votiert, den UN-Sicherheitsrat anzurufen, falls die Verhandlungen und Gespräche mit Teheran scheitern sollten. Der Sicherheitsrat solle zunächst lediglich „informiert“ werden, hieß es dazu relativierend aus Moskau.

Israels Power Play

Israel ist die einzige Atommacht im Nahen Osten. Seine Atomwaffe entwickelte es in den 50er Jahren. Seine Regierung ist entschlossen, dieses Monopol auf jeden Fall aufrecht zu erhalten.

„**Junge Welt**“ vom 19. Oktober 2005 berichtet:

„Nach dem Sturz Saddam Husseins und der Besetzung Iraks müsse man „gleich am folgenden Tag“ Iran als nächstes Ziel in Angriff nehmen, sagte Israels Regierungschef Ariel Scharon in einem Gespräch mit der Londoner Times, das diese am 5. November 2002 veröffentlichte, vier Monate vor dem Irak-Krieg. Schon im Februar 2002 hatte

der damalige israelische Verteidigungsminister Ben Elieser bei einem USA-Besuch erklärt, eigentlich sei für Israel die Ausschaltung Irans noch wichtiger als der Sturz Saddam Husseins. So ergibt sich denn das seltsame Bild, dass die einzige Atommacht des Nahen Ostens sich maßgeblich an der Treibjagd gegen einen Staat beteiligt, in dem die Inspektoren der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) nach zwei Jahren intensiver Suche nicht einmal Spuren irgendeines Atomwaffen-Programms gefunden haben.“

In „**Junge Welt**“ vom 1. Februar 2006 ist zu lesen:

„Das israelische Nuklearpotential ...ist eine Tatsache. Eine Tatsache, die Israel **hinter dem Rücken der Weltöffentlichkeit und unter Missachtung des Atomwaffensperrvertrages** geschaffen hat. Und dieses Israel warnt mit am lautesten vor dem Iran als „atomarem Irrläufer“. Und behält sich das Recht auf einen ‚Präventivschlag‘ vor.“

Das „**Friedensjournal**“ (1/2006) hebt einen spezifischen Aspekt hervor:

„Das Monopol an Atomwaffen macht Israel einerseits unangreifbar, es bedroht aber gleichzeitig alle anderen Staaten in der Region und zwingt diese dazu, sich ebenfalls Atomwaffen zu beschaffen. Dadurch wird Israels Bevölkerung zur Geisel einer permanenten Angst und Unsicherheit, dass es irgendeinem Staat der Region doch noch gelingen könnte, den jüdischen Staat mit Atomwaffen oder anderen Massenvernichtungswaffen zu bedrohen.“

„**Argumente Nr. 8**“ beleuchtet besonders das Zusammenspiel von Israel und der US-Administration:

Israel „besitzt mehr als 200 Nuklearsprengköpfe und genügend Langstreckenraketen, um diese binnen weniger Minuten in den knapp 1.000 Kilometer entfernten Iran zu schießen. Der israelische Staat ist der engste Verbündete der USA im Nahen Osten und grundsätzlich bereit, *Präventivschläge* gegen Staaten in der Region durchzuführen. Das hat er bereits 1981 mit der Zerstörung des irakischen Osirak – Reaktors gezeigt. Israels Ministerpräsident Ariel Scharon hat angekündigt, er sei bereit, auch gegen Iran zu diesem Mittel zu greifen. Bereits im September 2004 hat die US-Regierung beschlossen, 500 BLU-109 Sprengköpfe, so genannte Bunkerknacker, an Israel zu liefern.“

Ergänzend dazu **„Der Spiegel“** (3/2006):

„In Jerusalem ist man überzeugt, dass die Weltgemeinschaft dem Regime (in Teheran, d. Red.) die eiserne Faust zeigen muss – und scheint bestens vorbereitet, um die weitgehend unterirdischen Atomanlagen zu knacken.“

Die **„Marxistischen Blätter“** (1/2006) sind der Auffassung:

„Israel ist entschlossen, die atomare Vormachtstellung im Mittleren und Nahen Osten unter keinen Umständen aus der Hand zu geben und gegnerische Nuklearprojekte, wie 1981 in Irak, präventiv zu zerstören.“

„Junge Welt“ vom 11./12. März 2006 unterstreicht:

„Die US-Gewaltdiplomatie gegenüber Teheran findet in Israel den gewohnten strategischen Verbündeten. ‚Wir können die Möglichkeit einer Atombombe in iranischen Händen auf keinen Fall hinnehmen‘, sagte der israelische Übergangspräsident Olmert...“

Droht ein neuer Präventivkrieg?

In Beantwortung dieser Frage sollen zunächst Aktivitäten von Massenmedien bei der gegenwärtigen psychologischen Kriegsvorbereitung betrachtet werden.

Wie schon vor den US-Interventionskriegen gegen Jugoslawien, Afghanistan und Irak, so wird nun gegen den Iran psychologisch mobil gemacht.

Im **„Freitag“** vom 17. Februar 2006 wird dazu ausgeführt:

„...die psychologische Kriegsvorbereitung ist in vollem Gange. Dazu gehören – wie vor dem Irak-Krieg – immer neue ‚Enthüllungen‘ über geheime Pläne zum Bau von Atombomben oder Vorwürfe, der Iran sei ein ‚führender staatlicher Sponsor des Terrorismus.‘

„Junge Welt“ vom 21./22. Januar 2006 offenbart:

„Die Entlarvung von Lügen über ‚Massenvernichtungswaffen‘, mit denen im Jahr 2002 der Überfall auf den Irak vorbereitet wurde, sind immer noch nicht ganz aufgearbeitet. Und schon demonstrieren die Medien der USA, Europas und nicht zuletzt aus Deutschland, dass sie aus den damaligen Fehlern absolut nichts gelernt und offenbar auch keineswegs die Absicht haben, jemals etwas daraus zu lernen.“

Jetzt wird der Krieg gegen Iran vorbereitet, der voraussichtlich den gesamten Nahen und Mittleren Osten in Flammen setzen wird – und jedes Gerücht, jede noch so zweifelhafte Behauptung wird bedenkenlos aufgegriffen.“

In „**Marxistische Blätter**“ 1/2006 heißt es:

„Indizien für eine Art Psychologische Kriegsvorbereitung erhärten die Annahme ernsthafter Kriegsabsichten der Vereinigten Staaten.

Dazu gehört die systematische Stigmatisierung Irans als unglaubwürdige Konfliktpartei. Die in den Neunzigerjahren begangenen Rechtsbrüche werden immer wieder aufgefrischt, obwohl Irans Atomanlagen inzwischen zu den weltweit bestkontrollierten Anlagen gehören. Zu beobachten sind auch die systematischen ‚Enthüllungen‘, die das Unglaubwürdigkeitsstigma festigen sollen.

Im November 2005 wurde die Meldung der Entdeckung eines Laptops mit geheimen Details lanciert. Tatsächlich liegt dieser Laptop dem CIA aber bereits seit einem Jahr vor und enthält

keineswegs derart hochstilisierte Geheiminformationen. Ein fünfseitiges Dokument mit Zeichnungen zum Bau von Atombomben wurde ebenfalls im November als neue Enthüllung deklariert. Tatsächlich aber hatte der Iran dieses Dokument der IAEA übergeben.“

Einige Zeitungen weisen auf den Zusammenhang zwischen dem Atomkonflikt und dem Schüren anti-islamischen Stimmungen hin.

„Der Islamismus bedroht die Welt“ tönte es in Schlagzeilen von Gazetten, die Reaktionen auf den „Karikaturenstreit“ kommentieren.

„**Unsere Zeit**“ vom 24. Februar 2006 bemerkt: „In den letzten Wochen wurden hierzulande und in anderen EU-Ländern antiislamische Stimmungen derart angeheizt, dass man den Zusammenhang zum Iran-Konflikt nicht übersehen kann. Offensichtlich sollen die Menschen auf einen Krieg vorbereitet werden.“

Das US-amerikanische „Komitee gegen die gegenwärtige Gefahr“ (Committee on the Present Danger), das seit Jahrzehnten in Fragen Psychologischer Krieg eine Vorreiterrolle spielt, wie „**Junge Welt**“ vom 10. März 2005 nachwies, hatte gleich nach dem terroristischen Anschlag auf das Trade World Center auf seiner Webseite proklamiert:

„Heute bedrohen radikale Islamisten die Sicherheit des amerikanischen Volkes und von Millionen anderen, die die Freiheit lieben. Die Bedrohung ist global.“

Zweifellos spielen im Rahmen der psychologischen Kriegsvorbereitung auch solche Fakten eine Rolle:

- Da wird während der gegenwärtigen Kampagne lauthals verkündet, dass US-Präsident Bush den Verteidigungshaushalt des Landes im Jahr 2007 auf die Rekordsumme von 439,3 Milliarden Dollar steigern will.
- Da droht Frankreichs Präsident Chirac mit einem nuklearen Präventivschlag „gegen terroristische Staaten“.

Im „**Freitag**“ vom 17. Februar 2006 werden weitere Ausführungen Merkels kommentiert:

„Mit ihrem unsäglichen Vergleich des islamischen Staates mit dem Naziregime und – indirekt – des Präsidenten Ahmadinedschad mit Hitler hat die Bundeskanzlerin auf der Münchener Sicherheitskonferenz eine neue Etappe in der psychologischen Kriegsvorbereitung eingeläutet. Die Parallele zu ähnlichen Hitler-Vergleichen bei Milosevic und Saddam Hussein Wochen vor dem Jugoslawien- beziehungsweise Irak-Krieg ist verblüffend. Angela Merkel geht dabei mit der Wahrheit genauso fahrlässig um, wie Mahmoud Ahmadinedschad mit der Leugnung des Holocaust und seinen antiisraelischen Verbalattacken. Ahmadinedschad mobilisiert die islamische Welt für den Tag X – Merkel trommelt, wissend oder nicht wissend, für einen Angriffskrieg.“

Zur realen Gefahr eines Präventivkrieges gegen Iran schreibt „**Der Spiegel**“ (7/2006):

„Unter dem Code-Namen ‚Global Strike‘ liegen Eventual-Pläne für Angriffe auf Nordkorea und Iran in den Schubladen des Pentagon. Weit reichende Tarnkappenbomber vom Typ B-2 ‚Spirit‘ und U-Boote mit Marschflugkörpern stehen in Alarmbereitschaft, so der renommierte US-Militärexperte William M. Arkin, um ‚im Falle eines Scheiterns diplomatischer Bemühungen‘ oder einer akuten Bedrohung der USA und Verbündeter wie Israel schnelle Präventivschläge zu führen. ‚Die Ziele‘, so Arkin, ‚sind schon ausgewählt.‘ Der Schlachtplan werde ‚ständig aktualisiert‘ – und sei besonders ‚attraktiv‘, weil

sich der Entwaffnungsschlag ‚theoretisch‘ mit konventionellen Waffen bewerkstelligen lasse.“

In **„Argument Nr. 8“** ist zu lesen:

„Ende Juli (2005) berichtete der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes Philip Giraldi, dass US-Vizepräsident Dick Cheney das Pentagon angewiesen habe, **Pläne für einen Militärschlag gegen mehr als 450 strategisch bedeutende Ziele‘ in Iran** zu entwickeln – mit so genannten „Bunker brechenden Atombomben, mit denen angenommene unterirdisch Atomanlagen zerstört werden könnten. **Viele dieser ‚Ziele‘ sind dicht besiedelt.** Ein Atomangriff würde den Massenmord der US-Armee an den Einwohnern der japanischen Großstädte Hiroshima und Nagasaki zum Ende des 2. Weltkriegs in den Schatten stellen.“

Im **„Freitag“** vom 17. Februar 2006 heißt es dazu:

„Jetzt kann und will George Bush handeln: zunächst Sanktionen des Sicherheitsrats, dann Erhöhung der Spannung durch weitere Konflikte-Eskalation, schließlich ein Luftkrieg. Verteidigungsminister Rumsfeld plädiert immer offener, zuletzt auf der Münchener Sicherheitskonferenz, für eine ‚militärische Option, wenn die diplomatischen Instrumente keine Lösung brächten‘. Die US-Regierung ist dabei, die Medien darauf einzustimmen, dass Aktionen ‚gegen den Iran auch ohne die Zustimmung der UN möglich sind““.

In einer Studie für den britischen Think Tank **„Oxford Research Group“** (www.Spiegel.de) kommt der Konfliktforscher Paul Rogers zu folgenden Schlussfolgerungen:

„Sollten die USA Iran angreifen, prophezeit er eine neue Welle von Selbstmordanschlägen. Ein ‚langer, hoch instabiler Konflikt‘...würde durch einen Präventivangriff ‚so gut wie sicher‘. Die Tausenden Todesopfer als unmittelbare Folge der Luftschläge... wären wohl nur der Anfang, am wahrscheinlichsten ein Jahre dauernder Zustand zwischen heißem Krieg und kaltem Frieden mit vielen Akteuren und an mehr als einer Front.“

Die **„Frankfurter Rundschau“** vom 10. März 2006 veröffentlichte als Anzeige den bundesweiten Aufruf **„Keinen Krieg gegen Iran – für eine politische Lösung“**. In dem Aufruf des Bundesausschusses Friedensratschlag, der Kooperation für den Frieden und des Netzwerks Friedenskooperative wird u. a. gesagt:

„Die US-Regierung scheut wegen eigener Hegemonialinteressen nicht davor zurück, den Weltfrieden zu gefährden und einen Flächenbrand in der Region zu riskieren. Ein Krieg gegen Iran hätte fatale Konsequenzen für Europa. Neue ethnische Konflikte, Bürgerkrieg zwischen Sunniten und Schiiten im Irak, Verwicklung Saudi-Arabiens und Syriens sind sehr wahrscheinlich. Es muss auch mit der Blockade der Öltransportrouten und rasant steigenden Ölpreisen gerechnet werden. Nur Arbeitslosigkeit und Attentate hätten Konjunktur.“

Im „**Neuen Deutschland**“ vom 15./16. Oktober 2005 werden weitere mögliche Auswirkungen eines Krieges gegen Iran genannt:

- „Die Verminung der Straße von Hormuz im Persischen Golf und die Unterbrechung der Öltransporte mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft,
- die Mobilisierung der Hisbollah-Milizen im Libanon,
- weitere Radikalisierung der Schiiten und Zuspitzung des Chaos im Irak.
- Hinzu käme ein neuer heiliger Krieg der Al Qaida, die nur auf einen neuen Anlass wartet, um dann auch Paris und Berlin mit Terroranschlägen zu überziehen.,
- Zu erwarten wäre auch eine Radikalisierung der Extremisten in der pakistanischen Armee, die im Besitz von Atomwaffen sind.

Angesichts des Irak-Desasters muss man nicht einer Verschwörungstheorie anhängen, um eine solche Entwicklung für möglich zu halten. Die irakische Realität übertrifft inzwischen bei weitem die vielerorts vor dem Krieg geäußerten Befürchtungen. Im Fall Irans würden die Folgen noch unvergleichlich dramatischer und weitreichender sein als im Irak.“

Alternativen für eine friedliche Lösung

Angesichts der Gefahr eines neuen verheerenden Golfkrieges erheben bzw. unterbreiten Friedensorganisationen, Verbände und Publizisten Forderungen und Vorschläge zur friedlichen Lösung des Atomkonflikts.

Im Ergebnis einer Beratung von mehr als 40 Vertretern von Anti-kriegsgruppen und –organisationen aus ganz Deutschland in Kassel

Anfang Februar 2006 wurde dem Bericht der „**Jungen Welt**“ vom 7. Februar 2006 zufolge festgestellt:

„Eine Entschärfung des Konflikts zwischen Iran und anderen Regionalmächten sei durch die **Schaffung einer atomwaffenfreien Zone im Nahen Osten** möglich, wie es auch die Resolution der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) vom 5. Februar 2006 vorsehe. Sämtliche Kriegsvorbereitungen gegen Iran seien einzustellen, im Gegenzug müsse Teheran alle direkten oder indirekten Drohungen gegen Israel beenden‘ ...

Die Bundesregierung wiederum solle gegenüber der US-Administration klarstellen, dass die amerikanischen Militärbasen in Deutschland nicht für die Führung eines Angriffskrieges genutzt werden dürfen.“

Die Friedensorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung eines Atomkrieges) unterstützte Mitte Januar 2006 in einer Erklärung die sechs Forderungen, die von der deutschen Sektion der Organisation an die verantwortlichen Regierungen für eine friedliche Lösung der Problematik gestellt werden:

1. Ablehnung jeglicher militärischen Option durch jede Partei.
2. Ein klares Bekenntnis aller Kernwaffenstaaten, in der jetzigen Situation keine Atomwaffen einzusetzen, und eine eindeutige Bindung an die Doktrin des ‚Nicht-Erstschlages mit Atomwaffen‘.
3. Die Umsetzung der 1995 im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrags verabschiedeten Resolution über eine kernwaffenfreie Zone im Mittleren Osten und die Umsetzung der jährlichen Resolutionen der Generalversammlung über die Errichtung einer kernwaffenfreien Zone in der Region des Mittleren Ostens.
4. Ein klares Bekenntnis aller Parteien zu einer globalen Vernichtung von Atomwaffen durch die Bestätigung der Abschlusserklärung der Konferenz zur Nichtverbreitung von Atomwaffen im Jahr 2000 sowie der relevanten Resolutionen der Generalversammlung.
5. Eine diplomatische Lösung für die Beseitigung der Spannungen zwischen den USA, Israel und dem Iran einschließlich eines Kompromisses auf beiden Seiten, die Anerkennung der legitimen Sicherheitsinteressen aller Parteien unter Berücksichtigung Israels und des Iran, Unterlassung von Hetzreden oder der Sondierung militärischer Optionen durch alle Parteien.

6. Unsere eigene Regierung fordern wir auf, jeglichen Waffenexport nach Nahost zu unterlassen, was insbesondere die Lieferung atomwaffenfähiger U-Boote an Israel betrifft.“

Die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten (VVN-BdA) erklärte am

7. Februar 2006 an die Adresse der deutschen Bundeskanzlerin gerichtet u.a. „Wer wirklich gegen Einsatz und Verbreitung von Atomwaffen vorgehen wolle, müsse mit der atomaren Abrüstung im eigenen Lande beginnen und dürfe nicht die französische und US-amerikanische Regierung in ihrer atomaren Drohpolitik unterstützen.“

In der „**Berliner Zeitung**“ vom 14. Februar 2006 heißt es:

„Angesichts der sich immer mehr verschränkenden Probleme mit den Stichworten Irak, Iran, Israel/Palästinenser wird es keine Einzellösungen mehr geben. Anstatt also die spezifische Frage des iranischen Atomprogramms isoliert vom UN-Sicherheitsrat mit den dort eingebauten Eskalationsmechanismen behandeln zu lassen, könnte eine groß angelegte Sicherheitskonferenz für den Nahen Osten einen realistischeren Weg zur Entspannung weisen. Hier säßen alle Beteiligten mit den Großmächten am Tisch, nicht nur die Mitglieder des exklusiven Klubs in New York. Die Teilnehmer einer solchen Konferenz müssten Sicherheitsgarantien abgeben: Nichtangriffserklärungen der USA gegenüber Iran, Irans gegenüber Israel und umgekehrt, das gleiche zwischen Israelis und Palästinensern. Damit wäre schon viel erreicht, denn es nähme den betroffenen Völkern die Existenzängste und ihren Politikern das wichtigste Eskalationspotenzial. Es müsste auf dieser Konferenz über Rohstoffe gesprochen werden: Zugang zu Öl, Gas, Wasser, Uran.

Und es sollte das Ziel einer atomwaffenfreien Region angepeilt werden.“

Auch im „**Friedensjournal**“ 1/2006 wird ein Vorstoß „zu konkreten Schritten für ein System der gemeinsamen Sicherheit und Zusammenarbeit im Mittleren und Nahen Osten analog zum KSZE-Prozess mit dem Ziel einer atomwaffenfreien Zone in der gesamten Region“ empfohlen.

Solch ein Verfahren sei „eine zukunftsfähige Antwort auf viele andere grenzüberschreitende Konfliktfelder, wie z.B. territoriale Streitigkei-

ten, ethnische Konflikte, grenzüberschreitende Nutzung von Energiequellen, Gewässern etc.“

„Die gegenwärtige politische Situation im Iran und die gegen das iranische Volk sowie die Souveränität des irakischen Staates gerichteten Aktivitäten insbesondere der westlichen Allianzen unter Führung der USA erfordern eine ständige Analyse und Interpretation.

Die Autoren werden die Recherchen fortführen und die Ergebnisse in einem weiteren Heft unserer Schriftenreihe darlegen.“*

Bei der Zusammenstellung des Heftes wurde aus nachfolgenden Zeitungen und Zeitschriften zitiert:

Argumente, Berliner Zeitung, Der Spiegel, Freitag, Friedensjournal, Junge Welt, Marxistische Blätter, Neues Deutschland.

Autoren der ausgewählten Beiträge sind:

Dieter Bednarz, Kai Ehlers, Jürgen Elsässer, Frank Herold, Hans Hoyno, Peter Linke,

Prof. Mohssen Massarrat, Walter Mayr, Knut Mellenthin, Wemer Pirker, Halger Schmale, Winfried Wolf, Irmgard Wurdack.

* V. i. S. d. P Europäisches Friedensforum – Deutsche Sektion, Helga Hörning, 12557 Berlin

C h r o n i k

April	1957	Die USA vereinbaren mit der Schah-Regierung im Programm „Atome für den Frieden“ Wissenschaftskooperation und Technische Hilfe.
September	1967	Die USA wollen einen Forschungsreaktor bauen und liefern 5,5 kg angereichertes Uran sowie 112 g Plutonium.
Juli	1968	Iran gehört zu den Erstunterzeichnern des Nuklearen Nichtverbreitungsvertrages, den es im Februar 1970 ratifiziert.
Mai	1974	Siemens/KWU beginnt mit dem Reaktorbau für ein AKW bei Buschehr. Nach der islamischen Revolution 1979 unterbrochen wird das Projekt seit 1995 von Russland weitergeführt
	1979	Sturz des Schah-Regimes. Konstituierung einer Islamischen Republik.
1980 –1988		Krieg zwischen Irak und Iran. Der Krieg fordert mehr als eine Million Opfer.
	1983	Die US-Administration wickelt ein Hilfsprogramm für Saddams Kriegsführung gegen Iran ab. Nach Bagdad werden Milzbranderreger und Bakterien, die das tödliche Gift Botulinumtoxin produzieren, geliefert sowie Aufklärungsfotos und ein Entwurf der Schlachtplanung.
Oktober	2001	USA-Präsident George W. Bush benennt Iran als eine der Achsenmächte des Bösen
August	2002	Der Exil-Iraner Alireza Jafarzadeh (Volksmudschaheddin) berichtet, Iran habe eine Urananreicherungsanlage in Natans und einen Schwerwasser-Reaktor (waffenfähiges Plutonium) in Arak gebaut, ohne die IAEA zu informieren. Iran ist für Kontrollen.
Februar	2003	Präsident Chatami kündigt einen gesamten nuklearen Brennstoffkreislauf an.
August	2003	Im Atomzentrum Natans werden Spuren von waffenfähigem Uran gefunden.
Dezember	2003	Iran unterzeichnet das freiwillige Zusatzprotokoll mit der IAEA.
	2003	Der Neokonservative Politiberater A. Ledeen vom American Enterprise Institute for Public and Policy Research, äußert: „Der Krieg gegen den Terrorismus war nie begrenzt auf nur ein Land oder eine Strategie. Wir haben Saddam besiegt, nun müssen wir die Freiheit ins Kernland der Terror Masters verbreiten. Im Iran.

Februar	2004	Der pakistanische Wissenschaftler Khan gesteht, Kernwaffentechnologie an Iran geliefert zu haben.
Oktober	2004	Hans Blix, langjähriger Chef der UNO-Waffeninspektoren im Irak, erklärt, wenn von den Iranern die Einstellung der Urananreicherung verlangt werde, „dann fordert man sie auf, etwas zu unterlassen, wozu sie berechtigt sind.“
November	2004	Iran bekräftigt im Pariser Abkommen gegenüber der EU-Troika die Bereitschaft, alle Arbeiten der Urananreicherung zeitweilig zu unterbrechen.
Januar	2005	US-Vizepräsident Dick Cheney betont: „Man sieht sich in der Welt nach potenziellen Krisenherden um, und Iran steht dann gleich an der Spitze dieser Liste.“ NATO-Generalsekretär Jaap de Hoop Scheffer fordert gegenüber dem Iran, eine Politik mit „Zuckerbrot und Peitsche“ zu verfolgen.
Januar	2005	Der US-Journalist und Pulitzer-Preis-Träger Seymour Hersh weist nach, dass Spezialeinheiten der US-Streitkräfte verdeckt innerhalb des Iran operieren. Sie identifizieren Anlagen des iranischen Atom- und Raketenprogramms. Iran, so Hersh, sei „das nächste strategische Ziel“ des US-Kriegs gegen den „Terror“.
Januar	2005	US-Präsident Bush meint, er könne einen „Militäreinsatz gegen den Iran nicht ausschließen“, sollte das Land im Streit um sein Atomprogramm „nicht kooperieren“.
Februar	2005	Die US-Regierung hat nach einem Bericht der „Washington Post“ Iran fast ein Jahr lang mit unbemannten Drohnen ausspioniert.
August	2005	Der ehemalige CIA-Mitarbeiter Philip Giraldi enthüllt, dass Washington einen neuen Feldzug für den Mittleren Osten ausarbeitet. Der Plan umfasse „massive Luftangriffe gegen Iran, sowohl mit konventionellen als auch mit taktischen Atomwaffen.“ Im Iran gebe es „mehr als 450 strategisch bedeutende Ziele...“
August	2005	Der neue Präsident Ahmadinedschad kündigt die Wiederaufnahme einer Konvertierungsanlage in Isfahan an.
September	2005	Der IAEA-Gouverneursrat wirft Iran Verstöße gegen das Sicherheitsabkommen, die Regeln der Atombehörde und der IAEA-Statuten vor.
Oktober	2005	Bush bezichtigt Syrien und Iran Terroristen zu unterstützen. Die USA machten „keinen Unterschied zwischen denen, die Terroranschläge begehen und denen, die Terroristen unterstützen und beherbergen, weil sie genau so des Mordes schuldig sind.“

November	2005	In Moskau beginnen Verhandlungen über ein Joint - Venture zur Urananreicherung in Russland
Januar	2006	Die IAEA-Siegel an drei Anlagen in Natans werden gebrochen und die Forschungsarbeiten am Nuklearprogramm wieder aufgenommen. Die Veto-Mächte wollen den Fall vor den UN-Sicherheitsrat bringen
Januar	2006	Deutschland, Frankreich und Großbritannien beschließen, eine Sondersitzung des Gouverneursrates der IAEA für Anfang Februar zu beantragen, um über das Iranische Atomprogramm zu beraten. Der Gouverneursrat soll die Iran- Angelegenheit an den UN-Sicherheitsrat überweisen
Januar	2006	Russland und China melden Bedenken zur Verhängung von Sanktionen gegen Iran an, wie sie von den USA, Großbritannien, Deutschland und Frankreich erwogen werden
Januar	2006	Der iranische Botschafter bei der IAEA, Soltanieh, erklärt, sein Land werde die Zusammenarbeit mit der Behörde aufkündigen, falls der Sicherheitsrat eingeschaltet wird.
Januar	2006	Frankreichs Staatspräsident Jacques Chirac droht so genannten Terrorstaaten mit dem Einsatz von Atomwaffen. Er verweist auf „die Versuchung gewisser Staaten, sich unter Bruch der Verträge mit Atomwaffen auszustatten.“
Februar	2006	Nach der Androhung der IAEA, im Iran-Konflikt den UN-Sicherheitsrat einzuschalten, hat der Iran, Diplomaten zufolge, seine Arbeiten zur Urananreicherung in der Anlage von Natans wieder aufgenommen
Februar	2006	US-Verteidigungsminister Donald Rumsfeld zufolge sei „Iran...der Hauptförderer von Terrororganisationen wie Hisbollah und Hamas. „Wir wissen, dass sich Terroristen händeringend um immer tödlichere Waffen bemühen.“
Februar	2006	BRD-Bundeskanzlerin Angela Merkel will im Konflikt mit dem Iran „keine Option vom Tisch“ nehmen.
Februar	2006	Der Kasseler Bundesausschuss Friedensratschlag äußert die Befürchtung, „dass ein Krieg gegen Iran das Pulverfass Naher Osten voll-ständig destabilisieren und schließlich zur Explosion bringen werde.“
Februar	2006	Das Europaparlament verlangt die Einschaltung des UN-Sicherheitsrates. Es fehle das Vertrauen in die Zusicherung Teherans, die Atomenergie friedlich zu nutzen.
März	2006	Der Moskauer Kompromissvorschlag zur gemeinsamen Urananreicherung auf russischem Boden sei nur unter Bedingungen annehmbar, betont Teheran. Dazu gehörten die Fortsetzung der iranischen Forschung zur Urananreicherung im industriellen Maßstab, eine russische Garantie für

		die Lieferung angereicherten Urans und die Fortsetzung der iranischen Atomforschungen.
Anfang März	2006	Gespräche der Außenminister Deutschlands und Frankreichs mit dem Iranischen Chefunterhändler Ali Lariadschani in Wien enden ergebnislos. Teheran erklärt sich weiterhin nicht bereit, auf die Anreicherung von Uran im eigenen Land zu verzichten
Anfang März	2006	Der US-amerikanische UN-Botschafter Bolton betont, die USA würden alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um mögliche Bedrohungen durch ein iranisches Atomprogramm zu beantworten. Wenn Teheran sich weiter international isoliere, müsse sich das Land auf „spürbare und schmerzliche Konsequenzen“ einstellen.
März	2006	US-Vizepräsident Cheney äußert, das „iranische Regime“ müsse wissen, dass die internationale Gemeinschaft auf bedeutungsvolle Konsequenzen vorbereitet sei. Die USA hielten alle Optionen offen. Die klare Botschaft sei: „Wir werden dem Iran keine Atomwaffen gestatten.“
März	2006	Die IAEA überweist den Konflikt um das iranische Atomprogramm an den UN-Sicherheitsrat. US-Vizeaußenminister Burns erklärt, man werde nun „in eine neue Phase der Diplomatie eintreten.“ Der russische Außenminister Lawrow sagt, eine militärische Eskalation des Konflikts sei „der falsche Weg“.
März	2006	Lawrow bekräftigt, dass Moskau Sanktionen und militärische Aktionen gegen Teheran nach wie vor ablehnt. Der iranische Präsident Ahmadinedschad wiederholt, sein Land werde keinerlei „Demütigung“ hinnehmen und mit der Urananreicherung zu Forschungszwecken fortfahren
Mitte März	2006	Während sich Teheran erstmals seit nahezu drei Jahrzehnten zu offiziellen diplomatischen Kontakten mit Washington bereit erklärt, bekräftigt die US-Administration in einem sicherheitspolitischen Strategiepapier ihre Entschlossenheit zu einem möglichen Präventivangriff gegen Iran. „Von keinem einzigen Land dürfte eine derart große Herausforderung ausgehen als von Iran“, wird in dem Papier unterstrichen. Der UN-Sicherheitsrat fordert den Iran auf, sein Urananreicherungsprogramm binnen 30 Tagen zu beenden.